

# Sozial-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 21/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Zeit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London. Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil. Deutschland.

\* Berlin, 26. Oct. [Die Bedrohung des deutschen Volkes], zunächst des Frankfurter Senats, durch die Regierungen Oesterreichs und Preussens fährt fort, das civilisirte Europa aufzuregen. Die französische Presse ist einstimmig in ihrer Verurtheilung; selbst diejenigen Organe, welche sonst der preussischen Regierung freundlich gesinnt sind, stimmen mit ein in die allgemeine Verurtheilung. Dabei ist man durchweg der Ansicht, daß es sich nicht nur um eine Bedrohung der Freistadt Frankfurt, sondern überhaupt jedes Restes selbstständiger Bewegung in Deutschland handelt.

Die identische Antwort, mit welcher die Frankfurter Regierung die österreichischen und preussischen Eröffnungen einfach abzulehnen sich veranlaßt fand, ist, wie der Wiener „Presse“ berichtet wird, in ihrem Ausdrucke ziemlich kurz angebunden. Der Frankfurter Senat betont das Verhältniß, in welchem die einzelnen Bundesstaaten innerhalb des Bundes zu einander stehen, daß die freie Stadt Frankfurt dieselbe Stellung einnehme, wie die anderen Bundesglieder, daß daher, was die Bemerkungen über die Haltung der Presse anbelange, von einer „Duldung“ (von Seite Oesterreichs oder Preussens) nicht die Rede sein könne, ebenwienig aber von einem „eigenen Eingreifen“, daß das Ansehen beider Regierungen also einfach abzulehnen sei.

Ein Artikel der neuesten „Provinzial-Correspondenz“ Betreffs der österreichisch-preussischen Noten an den Frankfurter Senat, schließt: „Von der Antwort des Senates und dessen weiterem Verfahren wird es abhängen, welche Folge die deutschen Großmächte ihrer Mahnung geben werden.“

Das „Frankf. Journ.“ hat jetzt auch die österreichische Note gebracht. Dieselbe lautet:

Der Verlauf des am 1. d. M. zu Frankfurt abgehaltenen sog. Abgeordnetentages hat für jetzt nur die innere Haltlosigkeit dieses neuen Agitationsversuches und die Zerfahrenheit der politischen Parteien in Deutschland bloßgelegt. Die eingelaufenen Abschlüsse wie die unverkennbare Gleichgültigkeit des Publikums dürften selbst den Urhebern dieser bedeutungslosen Demonstration die Verlehrtheit des Unternehmens gezeigt haben, an den Entschlüssen der beiden ersten Mächte Deutschlands ihre anmaßliche Kritik zu üben. Allein wenn auch die gehörten Reden, so wie die Resolutionen der Versammlung in ihrer, gelinde gesagt, unpassenden Motivierung und halbrevolutionären Zuspitzung gerechter Mißachtung verfallen sind, so tilgt dieses Fehlgeschlagen doch nicht den verletzenden Charakter der Thatfachen, daß die gegen die Regierungen von Oesterreich und Preussen gerichteten Schmähungen und Beleidigungen, welche die demokratische Presse täglich anfüllt, in Frankfurt unter den Augen des Bundestages und der eigenen Truppen der beiden Mächte auf offener Tribüne wiederholt worden sind. Es darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, daß jener Sechshunddreißiger-Ausschuß, welcher den Abgeordnetentag inberufen hat, auch diesmal erneuert worden ist, und

daß dieser Ausschuss und sein engeres geschäftsleitendes Comité, als ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei, nur auf glücklichere Umstände wartet, um mit mehr Erfolg von Neuem auf den Schauplatz zu treten. Die Regierungen Deutschlands werden gewiß sämmtlich mit uns darin einverstanden sein, daß schon die bloße Existenz des Sechshunddreißiger-Ausschusses, ganz abgesehen von den Wirkungen des neuesten maßlosen Auftretens der Versammlung in Frankfurt und von dem für Oesterreich und Preussen beleidigenden Charakter ihrer Beschlüsse, eine vollkommen ungelegliche und unconstitutionelle ist. Insbesondere wird der Senat von Frankfurt in seiner bundesgetreuen Gesinnung sich nicht verhehlen können, daß die Bundesstadt am wenigsten zum Sammelplatz dieser gesetzwidrigen Agitationen hergegeben werden sollte. Bereits nach dem am 21. December 1863 abgehaltenen Abgeordnetentage, aus welchem die Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur Durchführung des Volkswillens, als Mittelpunkt für die Thätigkeit der Vereine, der Fortschrittspresse etc. hervorging, haben wir es gemeinschaftlich mit Preussen an ersten Vorstellungen gegen die diesem Treiben am Siege der Bundes-Versammlung gewährte Duldung nicht fehlen lassen. Die seitdem in häufiger Aufeinanderfolge dort in Scene gesetzten Kundgebungen beweisen, welche geringe Beachtung die damals von den Vertretern der beiden Höfe dem Herrn älteren Bürgermeister in vertraulicher Weise gemachten Bemerkungen gefunden haben. In dieser Wahrnehmung sowohl, wie in ihrer Ueberzeugung, daß eine so unpatriotische Wirksamkeit wie die jenes Ausschusses und des Abgeordnetentages nicht ohne erste gemeinsame Gefahr noch länger stillschweigend zugelassen und dadurch gewissermaßen zum gewohnheitsmäßigen Bestande erhoben werden dürften, müssen die Kabinette von Wien und Berlin eine unabwiesliche Aufforderung erblicken, die ganze Aufmerksamkeit des hohen Senats von Neuem auf die besprochenen Vorgänge und das Verhältniß der Bundesstadt zu denselben zu lenken. Wir glauben, der zu verächtlichen Erwartung Raum geben zu können, daß nicht nur so leidenschaftliche Invektiven und ein so ausgesprochenen Parteistampfen gegen die ersten Bundesmächte, wie er die Tagesordnung der letzten Versammlung bildete, künftig keine Stätte mehr in Frankfurt finden, sondern daß der Senat überhaupt das Zusammentreten neuer von dem Comité des Sechshunddreißiger-Ausschusses einberufener Versammlungen auf seinem Gebiet von nun an nicht mehr gestatten werde. Die Autorität des Senates, an welche wir uns hiermit in erster Linie wenden, wird uns hoffentlich der Nothwendigkeit übergeben, auf andere Schritte Bedacht zu nehmen, um vom Siege der deutschen Bundesversammlung in Zukunft die bisherigen ungeleglichen Bestrebungen fern zu halten. Ew. Hochgeboren werden erucht, dem Herrn regierenden Bürgermeister, sobald Ihr preussischer Kollege zu dem gleichen Schritte ermächtigt sein wird, gegenwärtigen Erlaß vorzulegen, und wenn es gewünscht werden sollte, Abschrift zu vertraulichem Gebrauche in Händen zu lassen. Empfangen etc.

Die „Nat. Ztg.“ schreibt bekanntlich seit langer schon im Sinne der preussisch-particularistischen Annexionspolitik gegen die nationale Partei, welche das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Schleswig-Holstein aufrecht erhalten wissen will — ein Recht, welches keinerlei Beschränkung zu Gunsten irgend einer der dreißig deutschen Regierungen, welche insgesammt den Particularismus

vertreten, somit auch nicht zu Gunsten der preussischen Regierung, erleiden kann. Die „Nat. Ztg.“ ist in Folge ihrer Haltung dahin gekommen, daß sie Alles vertreten muß, was von der preussischen Regierung ausgeht. Das Unglaublichste leistet sie darin heute: sie wendet sich bei Anlaß der Drohnottengeschichte — nicht etwa gegen die preussische und österreichische, nein, gegen die mittel- und klein-staatlichen Regierungen. Glücklichweise wird diese Logik beim Volk in Preussen keinen Eingang finden.

— [Aus den Herzogthümern] erfährt man, daß mit Strenge gegen diejenigen vorgegangen wird, welche den Herzog von Augustenburg als „Landesherrn“ behandeln. Die Herren von Zedlig und von Mantuffel versichern, der Kaiser von Oesterreich und der König von Preussen allein hätten ein Recht auf das Land. Seit wann? Thatsächlich haben sie das Land im Besitze, ein Recht auf daselbe oder in demselben aber haben sie nicht um ein Titelchen mehr, als der Augustenburger. Warum es den dortigen Landeskindern, da sie doch einmal einen „Landesherrn“ haben müssen, nicht freistehen soll, ebenso gut den Herzog von Augustenburg wie den Herzog von Lauenburg oder sonst Jemanden als „Landesherrn“ zu betrachten, ist schlechterdings nicht einzusehen.

Besonders bezeichnend ist es, wenn Herr von Zedlig meint, man müsse, nöthigenfalls mit Militärgewalt, gegen diejenigen einschreiten, „welche Titel, die dem Landesherrn gebühren, sich oder Andern beilegen.“ Das geht also auf den Augustenburger selbst. Der Augustenburger ist wahrlich nicht unser Mann — aber das scheint uns doch außer Zweifel zu stehen, daß wenn überhaupt irgend jemand berechtigt ist, in den Herzogthümern als Landesherr aufzutreten, nur er es sein kann — denn er hat, freilich nur wegen des Gegenfazes zur preussischen Regierung, die Bevölkerung, insbesondere die nationale Partei, für sich.

— [Den National-Verein verspottend] schreibt die „Rhein. Ztg.“ unter Berlin, 24. Oct.: Die heutige Versammlung der Berliner Mitglieder des National-Vereins hat sich durch ihre Resolutionen die Anerkennung unserer Junterpartei erworben. In einem Conventikel der Ritter, welcher aus Mitgliedern des patriotischen und Volksvereins besteht, wurde der Vorschlag gemacht, eine Dankadresse an den Berliner National-Verein zu erlassen und durch eine Deputation der Versammlung in der Tonhalle zu überreichen, die etwa aus den Herren Göbcke, Wagner, v. Olfers, Leuthner, Panse u. A. zu bestehen hätte. Wir sind in die Lage gesetzt, den Adress-Entwurf mitzutheilen. Er lautet: An die Mitglieder des Berliner National-Vereins.

Bürger! Mit der Gemeinsamkeit jener warmen Gefühle, welche alle unsre Brüste für die hohen Interessen des Vaterlandes erfüllt, haben wir die Resolutionen gelesen, welche vom reinsten Patriotismus diktiert, jeden aufrichtigen Bekenner der Machtpolitik Preussens und seines genialen Staatsmannes entzückend begeistern müssen. Lassen Sie uns diesen hehren Gefühlen in einigen Worten des Dankes Ausdruck leihen, damit in die weitesten Kreise



ja bis zu den Stufen des Thrones Ihre patriotische Haltung dringe.

Der Schluß lautet:

Die Krone des Ganzen bildet der erhabene Schlußpuls der dritten Resolution, worin Sie erklären, daß eine deutsche Centralgewalt nicht besteht und darum Preußen das Recht und die Pflicht obliegt, die Centralgewalt in übernehmen. Mit diesen Ansprüchen weisen Sie dem Berliner National-Verein eine Stelle im Pantheon der Unsterblichen an, und der Geister der Particularisten, sowie der vortoben Umstürzler, wird solche Beschlüsse nicht zu verkümmern vermögen.

Bürger! Ihr seid mit dem schönsten Beispiel politischer Tugend, mit der Verleugnung Eurer früheren Principien, in unsere patriotischen Reihen getreten, um für die territoriale Erweiterung Preußens unter der Leitung des Hrn. v. Bismarck zu kämpfen. Habet Dank für diese eile Selbstkapitulation. Eure drei Resolutionen, von Euren Besten in die General-Verammlung des Nationalvereins nach Frankfurt oder Sonstwohin getragen, werden mit Flamme und Schwert der kosmopolitischen Revolution die Entschlüsse des preussischen Volkes verkünden.

Und haben wir uns auf der glänzenden Bahn der auswärtigen Politik Preußens gefunden, so steht der Ruf aller jener politischen Parteien, welche die innere Wohlthat Preußens wünschen, nichts mehr im Wege. Bitten wir den Allmächtigen, daß er die Herzen der Beherrschten und Beherrschten erleuchten möge und daß zum Heil des Vaterlandes seine gegenwärtigen Lenker demselben lange erhalten bleiben. (Folgen die Unterschriften.)

Weiter schreibt die „Ab. Ztg.“ unter Berlin, 22. Octbr.

Die Correspondenz Säkmann, welche bisher auch die „liberale“ hieß, vertheidigt die Resolutionen, welche den Berliner Nationalvereinsmitgliedern gestern vorgelegt worden sind. Sie behauptet, daß dieselben an dem früheren Programm festhalten, und daß dieses sei: die preussische Spitze des deutschen Bundesstaates. Die Correspondenz Säkmann irrt sich, das neue Programm ist: die preussische Spitze ohne den deutschen Bundesstaat. Es erinnert dieses Programm an die Antwort, die einst Heine in München empfing, als er fragte: „Ist das der Hund des neuen Alcibiades?“ Die Antwort lautete: „Den neuen Alcibiades haben wir noch nicht, wir haben ein Schweilen nur den Hund.“

[Den Bundestag betreffend] hört man weiter nichts, als daß derselbe seine Ferien bis zum 2. November verlängert hat.

[Herr May] hat — wie die „Corr. Stern“ meldet — von Altona aus der Dypelner Polizeibehörde seinen Heimathschein mit dem Hinzufügen zurückgeschickt, daß er hiermit aus dem Preussischen Unterthanenverbande ausgeschieden sei. Die Behörde hat Herrn May unter Hinweisung auf das Gesetz dahin beschieden, daß das Recht, Preusse zu sein, bei einem länger als 10jährigen Aufenthalt im Auslande erloscht oder aus Grund einer auf Antrag des Betheiligten angefertigten Entlassungsurkunde. Ein Antrag auf Entlassung sei aber noch nicht die Entlassung selbst, welche in dem Ermessen der Behörde liege. Herrn May werde nun auf Grund dieser Bestimmung die Entlassung aus dem Preussischen Unterthanenverbande verweigert.

\* **Wien, 24. Oct.** [Dementi. Die Anleihe.] Die „Generalkorrespondenz“ aus Oesterreich bezeichnet die Mittheilung, in der letzten Sitzung des Ministerraths sei beschloffen worden, den Ungarn ein eigenes Ministerium zu concediren, als jeden Grundes entbehrend. — Die Anleihe soll mit 60 Procent und sonstigen Verlusten an den Mann gebracht sein. Auch das wird den großen Zusammensturz nicht aufhalten.

\* **München, 23. Oct.** [Zur Reaktion in Bayern.] Zum Beweis, daß die Regierung gesonnen ist, gegen die Presse noch weiter vorzugehen, wird dem „Münch. Anz.“ geschrieben: „Die hier erscheinenden Wochenschriften: „Mundschau“, „Mair“ und „Stadtraubas“ hatten an verschiedenen Plätzen der Stadt bei diversen Geschäftleuten, Buchbindern, Specereihändlern, Krämer, Cigarrenhandlungen u. s. w. Filialexpeditionen errichtet. Die Inhaber dieser Expeditionen wurden gestern alle auf die Polizei beschieden, wo denselben der Obercommissär Lypowohy anzeigte, daß von jetzt an derartige Expeditionen nicht mehr geduldet würden. Bemerkenswerth dabei ist, daß die „Stadtraubas“ seit vier Jahren derartige Expeditionen hat, während es jetzt, wo die mißliebige „Mundschau“ auch derlei Expeditionen errichtet, daß der hohen Polizei einfällt, daß dies gesetzwidrig sei.“ Die alte Geschichte! Man läßt die Dinge so lange gehen, als sie hoher Regierung nicht unbequem sind; sobald dies aber der Fall ist, schreitet man mit der besch-

lerischen Miene strenger Rechtsachtung sofort ein. Wir kennen das! — Die „Bayr. Ztg.“ bringt eine lange halbamtliche Darstellung der Scenen vom 8. October, welche in die ziemlich bequemen Schlußsätze ausläuft: „Oeffentliche Blätter haben von mehrfachen und zum Theile grellen Ausschreitungen berichtet, welche am 8. v. M. auf Seite des Militärs vorgekommen sein sollen. Es muß die Richtigkeit dieser Angaben in so lange bezweifelt werden, als nicht das Einschreiten des zuständigen Gerichts in Anspruch genommen wird. So viel ist gewiß, daß weder bei der Civil- noch bei der Militärbehörde Beschwerden in dieser Richtung erhoben worden sind.“ Auch das kennen wir!

### Ausland.

\* **Paris, 24. Oct.** [Tagesbericht.] Der „Moniteur“ druckte gestern aus einem halb-officiellen Blatte die Nachricht ab, die päpstliche Regierung wolle den Effectivbestand ihres Heeres nicht bloß auf 8000, sondern auf 12,000 Mann bringen, mit dem Zusatz: „eine Anzahl, die im September-Vertrage vorgesehen ist.“ Der September-Vertrag weiß von 12,000 Mann päpstlicher Truppen so wenig etwas wie von 8000 Mann; er spricht bloß davon, daß Italien sich verpflichtet, keine Einsprache gegen die Bildung einer Armee zu erheben, welche genügend ist, um die Autorität des heiligen Vaters und die Ruhe sowohl im Innern wie auf der Grenze seiner Staaten aufrecht zu erhalten, jedoch unter der Bedingung, daß diese Streitkräfte nicht in Angriffsmittel gegen die italienische Regierung ausarten.“ Der Papst kann also Soldaten werben, so viel er nöthig zu haben glaubt, wenn er das Geld dazu hat; dem Könige von Italien steht ein Protest dagegen aber zu, sobald er Grund hat, zu fürchten, daß diese Streitkräfte „in ein Mittel des Angriffes gegen die italienische Regierung ausarten.“ Das Verhältniß unterliegt, wie man sieht, stark subjectiven Gefühlen von Seiten des Papstes wie des Königs von Italien, und es ist, wie alles Subjective, einer sehr weiten Auslegung fähig, wie denn überhaupt der ganze September-Vertrag nur das elende Anknüpfungsmittel einer rath- und principienlosen Politik ist und war. — Die Demission des Herrn v. Merode macht noch immer viel von sich reden. Die „Patrie“ stellt heute in Abrede, daß Herr v. Sartiges, der französische Botschafter in Rom, an der Entlassung des Herrn v. Merode schuld sei; dies sei vor der Ankunft desselben in Rom bereits eine abgemachte Sache gewesen. Sie beruhe auf rein politischen Ursachen. Jedermann, so sagt das officiële Blatt, kennt seit langer Zeit die Feindschaft, welche zwischen Herrn v. Merode und dem Cardinal Antonelli besteht. Da der heilige Vater keine Zweifel über die bald erfolgende Abberufung des Occupationscorps haben konnte, so sah er ein, daß der Augenblick gekommen sei, um Maßregeln zu ergreifen, damit den Gefahren vorgebeugt werde, welche aus dem Abgange der französischen Truppen, sowohl in Anbetracht der äußeren als der inneren Sicherheit, entstehen könnten. Um diesen Zweck zu erreichen, war die Einbeziehung in der Leitung und der Action notwendig, und man beschloß deshalb, daß Herr von Merode durch einen dem Cardinal ganz untergeordneten General ersetzt werde. — Wie man versichert, ist es ganz unbegründet, daß der Kaiser Maximilian dem Könige Franz von Neapel ein Aush angeboten habe. — Nach Briefen aus Mexiko hat der Kaiser Maximilian sein Kaiserreich nach Frankreichs Muster in drei große Militär-Commandos eingetheilt. Das eine wurde dem General Douai, das andere dem General Castagny und das dritte dem General v. Thun angeboten. Die französischen Generale nahmen an, der österreichische weigerte sich aber, das ihm bestimmte zu übernehmen. — Der Bischof von Orleans, Herr Dupanloup, schreibt gegenwärtig an einer Biographie des Generals de Lamoricière. — Der „Abend-Moniteur“ enthält folgende Note: „Bei Gelegenheit der allgemeinen Ausstellung, die 1867 stattfinden soll, werden die Herren Aussteller benachrichtigt, daß Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, welche sich ihre vollständige Freiheit bewahren wollen, alle Gegenstände, die im voraus

mit ihren Namenszügen bezeichnet worden, zurückzuweisen entschlossen sind.“ — Folgendes ist die authentische Statistik der Cholera-Todesfälle für die vergangene Woche: Sonntag 264, Montag 239, Dienstag 215, Mittwoch 216, Donnerstag 185, Freitag 205, Sonnabend 217, Sonntag 245. Die Epidemie gewinnt also offenbar wieder an Intenität. Die Militär-Verwaltung läßt alle Reconvalescenten aus den Lazarethen nach Vincennes und Versailles schaffen. — In Nantes ist jetzt ebenfalls die Cholera ausgebrochen. Es starben dort vorgestern drei Personen an dieser Seuche.

[Zu den Beschwerden deutscher Blätter] über das Verfahren der französischen Preßpolizei wird der „Allg. Ztg.“ von hier geschrieben: Es ist in der letzten Zeit vielfach in deutschen Blättern Klage darüber geführt worden, daß die hiesigen Behörden gegen englische Blätter viel milder verfahren als gegen deutsche. Es erscheint nicht ganz passend mit seinen Klagen sich gegen die französische Preßbehörde zu wenden; die Hauptschuld fällt auf die Vertreter der deutschen Staaten in Paris. Ein Wort von ihnen an geeigneten Ort, und dem stauferischen Wüthen ist Einhalt gethan. Allein werden die maßgebenden Regierungen Deutschlands im Auslande die Presse schützen wollen, die sie selbst im Vaterlande misshandeln und verfolgen.

[Neuestes.] Der heutige „Abend-Moniteur“ sagt in seinem Bulletin: „Die Personalveränderungen in der päpstlichen Regierung werden dahin aufgefaßt, als hätten sie lediglich den Zweck, der Verwaltung mehr Einheit zu geben. — Die französischen Occupationstruppen werden unverzüglich anfangen, die zu ihrer Concentrirung nöthigen Bewegungen auszuführen. Zu gleicher Zeit wird die Einschiffung der zur Rückkehr nach Frankreich bestimmten Abtheilungen erfolgen. Die päpstliche Regierung bereitet sich vor, die französischen Truppen an den Grenzen zu erfassen und widmet ihre Sorge der nöthigen Rekrutierung, um die Cadres ihrer Armee zu ergänzen.“ — Der „Moniteur“ meldet, daß Preußen sich an der zu Constantinopel zusammentretenden internationalen Sanitätsconferenz betheiligen werde. — Die „Presse“ will wissen, daß das Budget dem Staatsrath bereits zugesandt sei und demnächst der Bericht Fould's an den Kaiser im „Moniteur“ veröffentlicht werden solle.

\* **London, 23. Oct.** [Das neue Ministerium. Die Beerbigung Palmerston's. Zum Verhältniß der Union zu Frankreich.] Die Minister-Präsidenschaft Russel's wird von der Times sehr unfreundlich aufgenommen, während der conservative Morning Herald sich leidlich günstig über dieselbe ausdrückt. Der Star verlangt von Carl Russel in ziemlich gebieterischem Tone die Einbringung einer Parlaments-Reformbill. Der Advertiser schließt sich der Bitte an mit der Versicherung, daß eine kleine Abschlagszahlung, wie man sie aus Lord Palmerston's Hand dankbar angenommen haben würde, jetzt nicht mehr genüge. Russel sei kein Palmerston. Und der Star verlangt jetzt noch etwas Anderes außer einer tüchtigen Bright'schen Reformbill, nämlich, daß Lord Russel die protestantische Staatskirche in Irland nicht ganz, aber vor der Hand doch halb und halb abschaffe. — Die Leiche Palmerston's wird in Westminster-Abtei beigesetzt werden. Die beiden Feldherren Sir James Outram und Lord Clyde (Sir Colin Campbell), vor ihnen Macaulay, noch früher der Herzog von Wellington, waren unter den Männern, welche in den beiden letzten Jahrzehenden dieser Ehre gewürdigt wurden. — Die feierliche Bestattung Lord Palmerston's wird am nächsten Freitag Statt finden, und zwar wird der Leichenzug sich von Cambridge-House nach der Westminster-Abtei begeben. Die großen Staatsförperschaften werden zwar nicht wie bei der Bestattung des Herzogs von Wellington in Reih' und Glied aufziehen, aber wie bei der Beerbigung G. Canning's werden alle Personen, die in amtlicher Beziehung zum verstorbenen Staatsmanne gestanden haben, viele Mitglieder und Deputationen von Körperschaften, und zahllose Privatleute sich dem Zuge anschließen. Kurz nach 12 Uhr Mittags soll der Zug von Cambridge-House aufbrechen, so daß die Bestattung um 1 Uhr erfolgen wird. Für Parlaments-Mitglieder und